

BÜRGERINITIATIVE „HALDE“ HERTEN

Kontaktadresse: Hans-Heinrich Holland
Schützenstr.84
4352 Herten

6/7. an HA u. LAZ

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Abteilung / Unsere Zeichen

Vorwahl/Durchwahl

Tag
5.7.1982

Stellungnahme zur Sondersitzung des Stadtrats am 7.7.1982

Das Stadtparlament wird kommenden Mittwoch, zu besonders bürgerfreundlicher Stunde, in einer Sondersitzung seine abschließende Stellungnahme zur geplanten "Superhalde" abgeben. Dies ist Grund genug für Bürger dieser Stadt, ebenfalls Bilanz zu ziehen.

Die im Hertener Stadtrat vertretenen Parteien haben es 2 Jahre verstanden, Probleme, die mit der Anschüttung der Superhalde verbunden sind, zu ignorieren. Sie führen Scheingefechte im Rat, verstecken sich hinter einem wenig aussagefähigen Gutachten und lösen Probleme, die kein Bürger hat. Während die Politiker mit technischen Anleitungen versuchten die Schüttungsqualität zu heben, plagten sich eine Reihe von Bürgern den "Volksvertretern" zu zeigen, daß es bei der Haldengeschichte tatsächlich Probleme gibt:

- o Belästigungen durch Bergetransporte auf nicht geeigneten Straßen.
- o Gefährdungen und Belastungen der Gesundheit durch Bergsenkungsschäden, die zusätzlich finanzielle Aufwendungen des Steuerzahlers notwendig machen.
- o Schleichende Enteignung von Eigentum durch die Zerstörung der Wohnqualität, wobei die Zunahme an Bergschäden genau zu dem gleichen Ergebnis führt, wie die Verschandelung der Gegend mit künstlichen Bergen.
- o Beeinträchtigung des Fernseh- und Rundfunkempfanges im "Windschatten" der Halde.
- o Die Unmöglichkeit der Abschätzung der Folgen für das Mikro- und Geländeklima und daraus resultierend, die Folgen für die Menschen.

- o Die Unmöglichkeit der Folgekostenabschätzung für die Steuerzahler und die direkt Betroffenen.
- o usw.

Probleme gibt es im Zusammenhang mit der Aufhaldung von Bergematerial so viel, daß es nicht schwer ist, wichtige Dinge zu übersehen. Aber gerade diese Probleme wurden von Anfang an immer wieder von Bürgern herausgearbeitet und bei Bürgerversammlungen, Bürgerfragestunden und in Bürgeranträgen den Politikern nahegebracht. Zuletzt wurde ein Problemerkatalog Landwirtschaftsminister Otto Bäumler anlässlich seines Besuchs in Hertener auf der Hoppenbruchhalde übergeben, den selbstverständlich auch Bürgermeister Wessel erhielt. Das heißt: Die Politiker kennen die Probleme der Menschen, die sie laut Mandat vertreten sollen. Aber was taten sie ?

Die SPD versuchte den Bergbau im Schütten von Halden zu übertreffen. (Der Leitantrag ist eine Anleitung zur Schüttung von Halden.) Die CDU wünschte ein Gutachten, hinter dem es sich besser verbergen läßt, daß man die Probleme ^{der Bürger} nicht zur Kenntnis nehmen will. Die FDP schloß sich dem wenig bürgerfreundlichen Verhalten an. Es gab nur einen Ratsherren, der den Versuch machte, die Probleme der Bürger nicht zu ignorieren (Theo Ahmann).

Nach Einschätzung der Hertener SPD wird am Mittwoch eine breite Mehrheit ~~für das~~ ^{mit} ~~Abschluß~~ "Ja" ^{für die} ~~zur~~ Halde stimmen. Der Hintergrund für die Zustimmung wird korrekt beschrieben. Die "kritische Position" gegenüber dem Regierungspräsidenten war ohnehin nie eine prinzipielle, sondern eine formale, d.h. es wurde nie (von allen Parteien) die Notwendigkeit von Halden überhaupt in Frage gestellt. Die Kritik an "Planungsmethodik, Abwägung und gutachterlicher Absicherung der Planung" wurde immer und immer wieder in die Öffentlichkeit getragen, um den weniger interessierten Menschen vorzugaukeln, man beschäftige sich mit Problemen, die alle Hertener betreffen. Nur den wirklich Interessierten (in der Regel die Betroffenen) ist nicht entgangen, welches entwürdigende Schauspiel dort aufgeführt wurde. Im Klartext heißt dies, daß die politischen Parteien Hertens versuchten die Bevölkerung zu manipulieren. Die Manipulation gipfelt in diesen Tagen in der dreisten Behauptung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Kasperek (SPD), daß die SPD mehr erreicht als die Bürgerinitiative überhaupt gefordert habe. Diese Behauptung hält natürlich keiner Prüfung stand. Anhand der von uns aufgestellten Forderungen in unserer Resolution vom Februar 1981, die auch dem Stadtrat als Anlage zu einem Bürgerantrag zugeht, kann dies stichhaltig nachgeprüft werden. Man könnte die dreiste Behauptung Kaspereks als abermalige "Entgleisung" interpretieren.

Der Vorwurf Kaspereks an die "Aktivisten" der Bürgerinitiative, daß sie "vielleicht nur politisches Kapital aus der Haldenfrage schlagen wollen", zeigt jedoch, daß es sich um eine wohlüberlegte Strategie handelt. Beide Aussagen gehören zusammen. In Kaspereks Auffassung sind die erreichten Ergebnisse durchaus mehr als die Forderungen der Bürgerinitiative. Nur weiß er auch, daß die Forderungen der BI nicht mit den Ergebnissen übereinstimmen. Um der Kritik, die unvermeidlich kommen muß, vorzubeugen, wird nun behauptet, daß es den Kritikern eigentlich nicht um die Lösung von Problemen geht, sondern um eigennütziges Herausschlagen von politischem Kapital. Hier unterstellt Kasperek anderen, was ihn selbst auszeichnet.

Die Strategie Kaspereks kann nur erfolgreich sein bei Bürgern, die die Diskussion um die Superhalde nur am Rand verfolgen. Absicht ist mit der Verdrehung der Tatsachen Massenloyalität herzustellen. Dies fügt sich nahtlos in die manipulative Behandlung des Haldenproblems ein.

Wie unsinnig die Behauptung Kaspereks ist, daß die Bürgerinitiative "nur politisches Kapital aus der Haldenfrage schlagen" wolle", verdeutlicht gerade die Entstehungsgeschichte der BI. Die Bürgerinitiative wurde nicht von einigen "Aktivisten" gegründet, um den politischen Parteien Konkurrenz zu machen. Die Bürgerinitiative ist die Antwort auf bereits verkorkte Politik; die Bürgerinitiative ist entstanden aus dem Unmut von Bürgern, die ihre Probleme nur mangelhaft vertreten sahen. Die SPD und auch die anderen Rathausparteien haben nur Konflikte gemanagt - wie das für Technokraten üblich ist - gelöst wurde das Problem nicht. Im Gegenteil, das Problem wird demnächst wachsen. 90 m hoch ! Jeder Bürger wird den Beweis der Unfähigkeit Hertener Politiker noch lange vor Augen haben. Es ist nur schade, daß die wirklich Leidtragenden niemals diejenigen sind, die das Leid zu verantworten haben.

Für die Hertener Bürger müßten aus dem Fall Bergehalde "Hoheward" die Konsequenzen folgenderweise aussehen: Kümmert Euch um Eure eigenen Dinge, bei den Politikern sind sie denkbar schlecht aufgehoben. Verlangt immer wieder, daß man Euch anhören soll. Bewerbt Euch um die Plätze, die bisher von den falschen Leuten besetzt werden. Emanzipiert Euch in dem Sinn, daß ihr selbst bestimmt, was mit Euch in Zukunft geschehen soll!

Landesaktion Haldengegner

- Besser leben ohne Halden -

Vereinigung der Bürgerinitiativen

Dorsten, Bottrop, Essen, Gelsenkirchen-Buer, Dortmund,
Gladbeck, Herten, Hünxe, Marl u. Oberhausen
gegen Bergehalden

Kontaktadresse:

D. Schüller
Neustr. 33

Herten, den 9.12.82
Ort Datum

An die

Mitglieder des Bezirksplanungsrates
im Regierungsbezirk Münster

Weiter an UAZ + HZ

am 11.12.82

UAZ verabschiedet 15.12

HZ nein!

betrifft: Verabschiedung des Gebietsentwicklungsplans
und des Haldenkonzeptes nördliches Ruhrgebiet

Sehr geehrte Herren,

seit mehr als zwei Jahren wird ein Konzept für Bergehalden
im nördlichen Ruhrgebiet auf vielen Ebenen diskutiert.

Die Landesaktion Haldengegner - besser leben ohne Halden -
unterbreitet Ihnen hiermit noch einmal ihre Hauptforderung
nach

U n t e r t a g e v e r s a t z .

Die im Haldenkonzept enthaltene Forderung nach erheblicher
Steigerung des Untertageversatzes darf nicht durch die zu
beschließende Flächenausweisung unterlaufen werden.
Die Einführung des Untertageversatzes verringert gewaltige
Bergschäden, schafft zusätzliche Arbeitsplätze und bringt
inzwischen betriebswirtschaftliche Vorteile, volkswirtschaft-
liche erst recht.

Darüber hinaus fordern wir,

- Offenlegung der Betriebspläne für Kommunen und Bürgerver-
tretungen,
- Begrenzung der Laufzeit von Betriebsplänen auf fünf Jahre,
um die Anpassung an neue, umweltfreundliche Technologien
zu ermöglichen,
- nicht mehr betriebene Halden und nicht mehr in Anspruch
genommene, genehmigte Flächen den Kommunen unentgeltlich
als nutzungsfähige Flächen zu übereignen.

Im Namen der Landesaktion und ihrer einzelnen örtlichen
Initiativen Litz, Schüller, Holland, Kossmann, Halfmann, Sobrowski,
Dr. Peddinghaus, Schröter, Schünemann, Eilers, Wagner, Kopp

BÜRGERINITIATIVE „HALDE“ HERTEN	informiert !
--	--------------

Mit beispielloser Einseitigkeit soll in einer Schulfunksendung des WDR am 11.2.1982 um 9⁰⁵ Uhr (WDR 1) über das "Leben mit Halden in Herten" berichtet werden.

BERGBAU-ANGEHÖRIGE IM VERDACHT DER BEWUSSTEN MANIPULATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN !!

Maßgeblich beteiligt sind an dieser Sendung:

Willi Wessel Personaldirektor der Zeche Zollverein in Essen
und Bürgermeister in Herten,

Hans-Jürgen Palm Markscheider der Zeche Ewald (Herten)

Günther Krebs Bergbau-Raumplaner

und als Überraschung und besonderer Clou:

Walter Fischer Redakteur des WDR im Landesstudio Dortmund und
Mitglied des Aufsichtsrates der Ruhrkohle AG!

In der Schulfunk-Sendung soll es darum gehen, daß sichere Arbeitsplätze im Bergbau auch "sichtbaren Tribut" von der Bevölkerung verlangen. Bergehalden und Bergelaster, die den Abraum quer durch bewohnte Gebiete karren, sind der Tribut. Aber alles ist ja gar nicht so schlimm! Aus den Halden werden Erholungsgebiete gemacht und die lauten LKW's werden durch Eisenbahnen ersetzt. Das sollen die Kinder glauben.

Gerade das Beispiel Herten zeigt: Die Halden im Hertener Süden werden niemals als Erholungsgebiet zu nutzen sein, weil nur wenige Meter weiter eine Müllverbrennungsanlage ^{u. ein Großkraftwerk} den Erholungssuchenden den Spaß mit ihren ~~Abgasen~~ verderben ~~wird~~. Umweltverträglich sind Halden nicht, denn sie tragen mit dazu bei, daß sich der Hertener Süden insgesamt in einem "desolaten Zustand" befindet, so die Einschätzung eines ökologischen Gutachtens v. Januar 1982.

Dabei konnten wir nachweisen, daß es Möglichkeiten gibt, Halden weitgehend zu vermeiden, und damit Transporte durch bewohnte Gegenden überflüssig zu machen. Die volkswirtschaftlichen Schäden und die gesundheitlichen Belastungen der Bevölkerung, durch die engstirnige Firmenpolitik der Bergbauunternehmen, sind nicht zu tolerieren.

Diese Engstirnigkeit soll nun den Kindern als vernünftige Lösung verkauft werden. Die Propaganda-Maschine der Ruhrkohle AG läuft! Sie wendet sich zuerst an diejenigen, die die Wahrheit am wenigsten durchschauen können - AN KINDER UND JUGENDLICHE !

WIR GLAUBEN IN DIESEM ZUSAMMENHANG AN KEINEN ZUFALL - WIR PROTESTIEREN!

BÜRGERINITIATIVE „HALDE“ HERTEN

-2-

Pressemittteilung

HA/WAZ 3/2.82/17¹⁰⁰

Der Erläuterungsbericht über die "Prüfung der Umweltverträglichkeit und Gutachten zu Standort- und Gestaltungsfragen" für Bergeshalden im Hertener Süden liegt nun auch für die Öffentlichkeit vor. Bereits in der Ratssitzung vom 27. Januar lag den drei Fraktionen ein Fragenkatalog der Bürgerinitiative zu dem gesamten Erläuterungsbericht der Gutachter vor. Dieser Fragenkatalog konnte jedoch in der knappen Zeit während der Ratssitzung nicht erschöpfend beantwortet werden. Er wird deshalb mit Sicherheit Gegenstand der Einwohnerversammlung am 26.2.1982 sein, wenn die Stellungnahme zum Gebietsentwicklungsplan nicht 2 Tage vorher abgegeben wird.

Durch die mündlichen und schriftlichen Aussagen der Gutachter sind wir inzwischen in der Lage, die vorgelegte Arbeit (Erläuterungsbericht) in ihren wesentlichen Aussagen zu beurteilen. Dabei konnten einige Befürchtungen, die nur aus der Kenntnis der Kurzfassung des Erläuterungsberichtes resultierten, ausgeräumt werden. Geblieben sind grundsätzliche Vorbehalte. Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß das Ergebnis der Prüfung nicht zwangsläufig zu dem Gutheißenen der Haldenschüttung führt (wenn auch als ökologisch optimierte Halde).

Die Gutachter nehmen z.B. die grundsätzliche Position ein, daß der Anfall von Bergematerial zur Aufhaltung ein vorgegebenes Datum ist, an dem nicht zu rütteln ist. Sie halten dies zumindest für so wichtig, daß man diesen Fakt als "Hintergrund" für die Umweltverträglichkeitsprüfung sehen müsse. (Vgl. S.1)

Unserer Ansicht nach kann dieser Hintergrund nicht für die Beurteilung der Umweltverträglichkeit maßgeblich sein. Erstens wird der Mensch in dieser Sichtweise zum Erduldenden von irgendwelchen Zwängen erniedrigt, die zweitens nachweisbar nicht zu sein brauchen. Fast Jedermann in Herten weiß inzwischen, daß die Verbringung der Steine nach Untertage möglich und machbar ist.

Von uns werden die Ergebnisse der Studie vor dem Hintergrund beurteilt, daß im Ballungsraum Ruhrgebiet Millionen von Menschen leben, die nicht nur am Arbeitsplatz einer gesundheitschädigenden Umwelt ausgesetzt sind, sondern zunehmend auch im Freizeitbereich.

Die sehr detaillierte Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes der Natur im Hertener Süden kann insgesamt mit der bezeichnenden Feststellung charakterisiert werden:

"Bei dem gesamten Gebiet handelt es sich um einen Grenzbereich zwischen den schon genannten Städten und Restflächen freier Landschaft (außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile), der sich im Umbruch befindet, gekennzeichnet durch Bergsenkung sowie Übernutzung und Überbeanspruchung des Landschaftspotentials. Der Zustand muß generell als desolat bezeichnet werden." (S.27)

Die Empfehlung der Gutachter, die Halde als Schutzriegel vor ^{Immissionen} zu planen, ist vor dem bereits oben bezeichneten Hintergrund zu sehen. Im Erläuterungsbericht wird dies zusätzlich durch das Kapitel "Planerische Vorhaben und Vorgaben" bestätigt. Das bedeutet: Die Empfehlung des Schutzriegels folgt nicht zwingend aus dem beschriebenen IST-Zustand des Gebietes, sondern aus den planerischen Vorgaben.

Die Funktion, die der Halde von den Gutachtern zugeschrieben wird, verändert die eigentliche Belastung des Hertener Südens nicht. Durch den Haldenbau werden die Emissionen weder vom Gruppenkraftwerk Herne noch vom RZK gesenkt. Die giftigen Stoffe werden weiter produziert und lagern sich in der Umwelt ab - zerstören diese Umwelt!

Die Politik der Abriegelung von Problemen kommt so insgesamt dem Verhalten eines Vogel-Strauß nahe, bei Gefahr wird der Kopf in den Sand gesteckt. Probleme sind durch Umgehung noch niemals gelöst worden. Hier sind politische Entscheidungen gefordert, die in Herten offenbar von den Politikern gemieden werden wollen. Auch die Erarbeitung von Gutachten kann nur dort eine wirkliche Entscheidungshilfe erbringen, wo nach verschiedenen Alternativen gefragt wird, o h n e Planungsvorgaben mitzuliefern.

Abschließend bleibt festzustellen: Das Gutachten konnte aufgrund der Aufgabenstellung zu keinem anderen Ergebnis kommen, wobei den Gutachtern trotzdem das Lob ausgesprochen werden muß, zumindest bei der Erfassung des IST-Zustandes sehr genau und umsichtig vorgegangen zu sein. Das Problem des Hertener Südens ist immer noch ein politisches Problem, da können Gutachter ohnehin nicht hineinreden, ohne die verantwortlichen Politiker zu entmündigen.

Herten, 3.2.1982

Friedrich Halfmann
Grünbergerstr. 14
4352 Herten

Herten, den 22. Dezember 81

B ü r g e r a n t r a g g e m ä ß § 6 c G O N U

Der Rat der Stadt Herten möge folgenden Beschluß fassen:

'Die Stadt Herten soll unverzüglich den Regierungspräsidenten in Münster auffordern, ein neues Planfeststellungsverfahren zum Rohstoffrückgewinnungszentrum Ruhr (RZR) einzuleiten.'

Falls der Rat diesem Antrag nicht zustimmt, beantrage ich, den nachfolgenden Beschluß zu fassen:

'Die Stadt Herten soll unverzüglich eine Anfechtungsklage gegen die vier 'Planfeststellungsänderungen im vereinfachten Verfahren' beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen erheben. Gemeint sind die vier Planfeststellungsänderungen bezüglich des RZR.'

Begründung zu den beiden Anträgen:

1. Beim Erörterungstermin im Zusammenhang mit der Klage des Rechtsanwaltes Lend gegen den RP Münster haben die Richter die Auffassung vertreten, daß diese vier 'Planfeststellungen im vereinfachten Verfahren' anfechtbar seien. Solange diese Anfechtbarkeit nicht durch ein neues Planfeststellungsverfahren beseitigt wird, bleibt auf Jahre hinaus bezüglich des RZR eine Rechtsunsicherheit bestehen. Ohne ein neues Planfeststellungsverfahren haben betroffene Bürger, und das sind beim RZR alle Bürger im Hertener Süden, ein Klagerecht gegen das RZR, das an keine Fristen gebunden ist. Es liegt im Wohlverstandenen Interesse auch der Stadt Herten, diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen, bzw. alles zu tun, daß sie beseitigt wird.
2. Die Stadt Herten muß meines Erachtens auch deswegen an einem neuen Planfeststellungsverfahren interessiert sein, weil die derzeitigen Kenntnisse und Informationen bezüglich des RZR nach wie vor lückenhaft, unvollständig und widersprüchlich sind. Das Gedächtnisprotokoll eines Gesprächs der Bürgerinitiative 'Halde', Herten mit dem KVR am 25.11.81 ist darum diesem Antrag ausdrücklich als Teil der Begründung beigelegt.
3. Es geht nicht an, daß die Stadt Herten den einzelnen Bürgern Probleme zur Bewältigung überläßt, die die ganze Stadt betreffen. Einzelne Bürger sind damit, insbesondere in finanzieller Hinsicht, überfordert.

Friedrich Halfmann

Helmut Döing
Mitglied der
Bürgerinitiative
Halde Herten

4352 Herten, den 12.11.81
Stephan-Ludwig-Roth-Str. 15

Kann man durch Vollversatz Arbeitsplätze schaffen?

Es können nicht nur Arbeitsplätze geschaffen werden, auch die Umweltbelastungen können durch Vollversatz vermindert werden. Schon allein die Tatsache, daß die Zechen Ewald, Schlägel & Eisen, General Blumenthal und Consolidation ca. insgesamt 25 000 t Berge täglich zu den Halden in Herten-Süd transportieren, läßt jedermann klar erkennen, welche Umwelt- Straßenverkehrs-Belastungen den Bürger zugemutet werden. Legt man für einen Lastzug 25 Tonnen Bergetransportgut zugrunde, so ergeben sich täglich 1.000 LKW-Fahrten nur zur Halde und nochmals 1000 Fahrten wieder zurück. Da außer der Zeche Ewald alle anderen die etwa gleiche Transportentfernung von 5,5 km zur Halde in Herten-Süd haben, sind das für alle zusammen täglich 4.500 km Hinfahrten zu a DM 25,-- , also 112.500,-- DM in Tag Transportkosten. Für die Zeche Westerholt, welche ihre Berge nach Scholven transportieren , kommen nochmals 400 Hinfahrten zu 25 t/ tgl. x 4 km in Betracht, d. h. 1.600 km täglich x 25,-- DM = 40.000,-- DM Bergetransportkosten je Tag. Insgesamt sind das in unserem Hertener Umfeld Transportkosten von ca. 152.500,-- DM je Tag. Würde man diesen Transport zu den Halden durch Vollversatz überflüssig machen, so könnte man allein hierfür täglich 152.500,-- DM einsparen, und dies allein in unserer nächsten Umgebung. Dies bedeutet, man könnte 762 Arbeitslosen einen Arbeitsplatz geben, wenn man DM 200,-- je Tag für einen Arbeitsplatz zugrunde legt. Für die gesamte BAG-Lippe (10 Zechen) ergibt das je Tag eine Ersparnis von ca. 179.180,-- DM , das entspricht ca. 900 Arbeitsplätzen, die man allein dadurch einspart, indem an die seitens der BAG-Lippe projektierten 52 % aufzuhaldenden Bergemengen der Gesamtbergemengen wieder als Vollversatz in die Grube einbrächte. Ganz abgesehen davon würden nicht nur alle zusätzlichen Umweltbelastungen bedingt durch die Aufhaldungen entfallen, sondern, es würden sich auch die Bergsenkungsschäden um 50 % vermindern. Daß ein Vollversatz mit bis zu ca. 61 % aller anfallenden Berge möglich ist, ergibt sich aus den Veröffentlichungen von Herrn Bergassessor a. D. Heinz Harnisch, Dortmund, in Glückauf Nr. 9 v. Mai 1977 einerseits und den Ausführungen des Herrn Prof.

Fragen Sie den KVR, warum die Vertunnung der Ewaldstraße geplant wird (wurde?) ?

Fragen Sie den KVR, wieviel Tonnen Schwefeldioxid pro Jahr aus den beiden Schornsteinen des RZR kommen, wenn pro Jahr 450.000 Tonnen Müll verbrannt werden?

Fragen Sie den Regierungspräsidenten, ob der Antrag des KVR auf Erweiterung des RZR, die schon so gut wie feststeht, bei ihm vorliegt?

Fragen Sie den Stadtdirektor von Herten, wie hoch zur Zeit die Staubimmissionen im Süden der Stadt Herten sind?

Fragen Sie die BAG Lippe, warum in dem bestellten Klimagutachten von der TU Berlin nur 150 ha zur Begutachtung vorgegeben wurden und nicht die Fläche der wirklich geplanten Superhalde von 240 ha?

Sehr geehrter Herr Minister, wir hoffen für Sie, daß Sie auf diese oder ähnliche Rückfragen zufriedenstellende Antworten erhalten. Sollten Sie jedoch keine ausreichenden Informationen erhalten, dann träten Sie sich mit uns. Wir machen eine solche Erfahrung schon seit längerer Zeit.

Damit Sie aber nicht ganz mit leeren Händen von Herten weggehen, gestatten wir uns, Ihnen unsere Erarbeitung Nr.4 zu überreichen: 'Stellungnahme zur Großhalde aus medizinischer Sicht! Wir würden uns freuen gelegentlich von Ihnen Antwort zu erhalten.

Mit den besten Wünschen für einen angenehmen Aufenthalt in Herten

Ihre

Friedrich Halpman OStR
Gerhard Halpman

Bürgerinitiative Halde, Herten

Herten, den 27. Mai 1981

Kontaktadresse: Gertrud Halfmann
Grünbergerstr. 14
4352 Herten

Verteiler:
WAR RE

Gladbeck

Herrn
Landrat Maßulla
Kreishaus
435 Recklinghausen

Ruhrnachr. Gla.

Banner-Verl.-Rad

Betr.: Kreistagszeitung vom 22. Mai 1981

Papier der Bürgerinitiative zum Blasversatz

Offener Brief, ~~Sperrfrist~~ 2.6. 1981

Sehr geehrter Herr Maßulla.

In den Zeitungen des Kreises lasen wir bezüglich der o.a. Studie, daß Herr Ullrich (CDU), Mitglied des Kreistags aus Gladbeck, diese Arbeit mit dem Wort 'Pamphlet' belegte.

Wir sind betroffen und empört:

Betroffen, weil wieder einmal deutlich wird, wie gewählte Vertreter mit den Sorgen, Bedenken und der Mitverantwortung von Bürgern umspringen und selbst massive Beleidigungen nicht scheuen. Hier wird die Basis der Demokratie zerstört und aus einem Mandat ein Herrschaftsinstrument gemacht.

Empört, weil die Verfasser der Studie, die beruflich nicht im Bergbau tätig sind, sich nach dem Zeugnis leitender Bergbauangestellter aus dem Kreis, in hervorragender Weise fachkundig machten, sorgfältig recherchierten und eine gediegene Arbeit vorlegten. Wir wissen, daß die Mehrzahl der Ratsherren der Stadt Herten sich diese Kompetenz bei weitem nicht erworben hatten, als sie ihre Stellungnahme zum Waldenkonzept des RP abgaben. Vermutlich trifft das auch auf die Kreistagsmitglieder zu. Herr Ullrich dürfte das Papier kaum gelesen haben, wie hätte er sonst ein solches Urteil abgeben können. Sollte er in dem bekannten Vorurteil befangen sein, daß Bürger, die sich in BI's engagieren, ohnehin Chaoten sind? Er könnte sich durch die Teilnahme an einer unserer Sitzungen eines anderen belehren lassen.

Bundeskanzler Schmidt hat unsere Studie zum Blasversatz sehr ernstgenommen. Mit Schreiben vom 25. Mai 81 teilte er uns mit, daß er Kopien des Papiers an die Bundesministerien des Inneren, der Wirtschaft, der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten weiterleiten ließ.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Landrat, dieses Schreiben dem Kreistag zur Kenntnis zu geben und bei der nächsten Sitzung Herrn Ullrich aufzufordern, seine beleidigende Äußerung zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Gertrud Halfmann

- 1) Welche Maßnahmen bedenkt die Verwaltung für die Straße in der Folge zu ergreifen um die zunehmende Verkehrsgefährdung durch überhöhte Geschwindigkeit u. unübersichtliche Straßeneinmündungen abzubauen. (Schulweg, Kindergarten usw.)
 Ich möchte hier ganz besonders die Straßeneinmündung Neustrafe nennen wo zuletzt am 22.5. d. Jahres ein Mensch getötet ein anderer schwer verletzt wurde.
 An dieser Stelle sind weitere Unfälle vorprogrammiert, da eine zu hohe Bepflanzung die Kreuzungseinsicht unmöglich macht
 Für die Pflege des südlichen Grünstreifens ist übrigens die Stadt verantwortlich
 Pflege 1-2 Mal/Jahr der nördliche Bepflanzung steht auf privatem Grund
- 2) Grundstück westl. d. Ewaldstraße Ewaldsee ungewidmet als Forstgebiet?
- 3) Wessel Supermann? Abgabe Kreistagemaandat.
 Mitglied im Forschungsbeirat für Landes- u. Stadtentwicklung.

Stellungnahme der Bürgerinitiative
zum Ratsbeschluss "Maldenkonzert" vom 8. Mai 1981

Der Rat der Stadt Herten hat am 8. Mai 1981 seine Stellungnahme zum Maldenkonzert des Regierungspräsidenten abgegeben. Damit ist der 1. Abschnitt der parlamentarischen Diskussion beendet. Die Bürgerinitiative, die sich in ihrem Kampf gegen die Superhalde als Sprecherin von mehr als 8.000 empörten Hertenener Bürgern versteht, nimmt zu dem Ratsbeschluss die folgendige Stellungnahme:

Noch vor einem halben Jahr hätte es niemand für möglich gehalten, daß die Parteien des Hertenener Rates das Konzept des RP und besonders den Teil über die Planung von Halden im Hertenener Süden so einmütig ablehnen würden. Ohne den massiven Protest der Hertenener Bevölkerung wäre die Ablehnung so nicht erfolgt. Wir buchen das als einen klaren Erfolg auch der Bürgerinitiative, die diesen Protest entschieden formuliert und vorgebracht hat und Frauen was über die Lernfähigkeit unserer Ratsmitglieder.

Unsere nachhaltige Kritik bezieht sich vor allem auf den Abschnitt der Stellungnahme u. auf einzelne Punkte des parlamentarischen Vorgehens:

1. Im Abschnitt III nimmt der Rat der Stadt seine zugesagte geäußerte Ablehnung wieder zurück. Und noch mehr! Alle drei Parteien sind grundsätzlich bereit, dem Bergbau des Waldgebiet westlich der Esselstraße zum Schütten anzubieten. Der Rat der Stadt meint also, "im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl" ein dringend benötigtes Naherholungsgebiet zerstören zu dürfen.
2. Die grundsätzliche Bereitschaft der Hertenener SPD im Süden der Stadt weitere Flächen zum Kippen zur Verfügung zu stellen, entpuppt sich nachträglich als Wahlbetrug. Noch 1979 hieß es auf einem Wahlflugblatt der SPD: "Es wird in Herten keine Bergeshalden auf neuen Schüttflächen geben".
3. Die Mitglieder des Rates der Stadt Herten haben ein begrenztes Verständnis von "Gemeinwohl". Seit der Ratssitzung vom Mittwoch, dem 8. Mai 1981 ist klar, daß der Hertenener Rat jetzt das Gemeinwohl gleich mit dem Wohl des Bergbaus.
4. Der Rat der Stadt scheint seine Kompetenzen weit zu überschreiten. Er bietet dem Bergbau Flächen zum Kippen an, die zum Stadtgebiet von Rocklinghausen bzw. Gelsenkirchen gehören. Sind die zuständigen Behörden der genannten Städte davon informiert oder haben diese etwa ihre Planungskompetenz an den Hertenener Rat abgetreten?

5. Wir befürchten, daß die Hoheward-Siedler die am meisten Be-
 tragenen sein werden. Bei der gegenwärtig im Rat der Stadt ge-
 brauchten Entschädigungsformel 'Neu für alt' dürften die Siedler
 bei den gegenwärtigen Baupreisen gerade in der Lage sein, die
 Kellerwände hochzuziehen. Wie man hört, wird von der Stadt
 und vom Land kein Geld kommen, und der Bergbau wird sich an den
 Schätzwert halten. ^{*) Aussiedlung in Nachbarstädte}
6. Wer bei den öffentlichen Ratssitzungen erlauft hat, wie die
 Bürgeranträge, die unter großem Zeitaufwand und mit viel Sach-
 kompetenz erstellt waren, behandelt wurden, konnte nur erschre-
 cken über die Arroganz der Verwaltung und des Rates. Ein Antrag
 blieb ein halbes Jahr unbeantwortet, der Rat wurde z.B. im
 Haupt- und Verkehrsausschuß überhaupt nicht beraten, dagegen
 mit einer einzigen Bemerkung von Tisch gefegt.
7. Am 16. Januar 1981 wurde eine Bürgeranhörung zum Haldenkonzept
 des RP veranstaltet. Die Niederschrift dieser Veranstaltung, die
 eine einzige vernichtende Kritik an den damals bestellten 'Fach-
 leuten' enthielt, wurde den Ratsmitgliedern bis heute nicht zu-
 gestellt. Diese Informationen wurden also den damals nicht an-
 wesenden Ratsmitgliedern (absichtlich?) vorenthalten.
8. Uns erscheint folgendes grotesk: der Bürgermeister unserer Stadt,
 Herr W. Messis, nimmt an Beratungen zum Wohl der Allgemeinheit
 teil und fällt Entscheidungen mit zum Wohl des Bergbaus (siehe
 Punkt 3 dieser Stellungnahme) Durch seine zustimmende Entschei-
 dung sichert er u.a. auch seinen vermutlich hochdotierten Arbeits-
 platz. Gleichzeitig versichert er jedoch, er sei nicht befähigt.
 Noch unverständlicher erscheint das Verhalten von Herrn
 Messis, wenn gleichzeitig ein anderes Ratsmitglied, das in
 viel geringerem Maße dem Bergbau verpflichtet ist (P. Gengenbach)
 sich ausdrücklich wohl für befähigt erklärt.
 Die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung der Stadt Harten
 sollten wissen, daß sie auf diese Weise ihren Beitrag geliefert
 haben, demokratische Substanz zu zerstören.

Die gegenwärtige Situation in Harten macht deutlich, daß die
 Arbeit einer außerparlamentarischen Opposition dringend notwendig
 ist.

Der Kampf gegen die Halde und die ^{weitere} damit verbundenen Umweltprobleme
 wird weitergehen.

Bürgerinitiative 'Halde'

14. Mai 1981

x) Hierzu das letzte ferucht:

Der Bergbau verhandelt mit den Siedlern und soll eine Aussiedlung in ein Gebiet außerhalb Hertens angesetzt worden sein.

Dadurch hinaus ist die kleine Forderung aus dem Bürgerwillen sowie aus Bürgeranträgen unterirdisch wichtig zu bleiben, die für diese ^{Stadt} und auch für die Nachbarstädte von grundsätzlicher Zukunftsbedeutung sind.

Sowie die Behandlung von Bürgeranträgen im Rat durchgeführt wird, kann man nur von einer Tripartie des Bürgerwillens sprechen. Davon zeugt auch die Unintermisiertheit einzelner Ratsmitglieder die zwar von physischer Erschöpfung im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Stellungnahme sprechen, aber in Wirklichkeit keine Klassenschwierer von ~~den Problemen~~ und der Gesamtmaterie haben.

Das Gesamtumweltproblem dieser Stadt von dem die Besorgnisse nur eine Teil darstellte spielte in der Stellungnahme nur eine unbedeutende Rolle

Hier dokumentiert sich auch das Fehlen einer speziell für Umweltfragen zuständigen Ratsmitgliedern bzw. Beauftragter der die Problematik generell im Auge behält und zur ständigen Information der Bürger sowie von Rat + Verwaltung tätig ist.

Es ist außerdem bezeichnend, daß für Umweltfragen im gesamten Kreis R'hanse kein Beauftragter eingesetzt ist. Was muß eigentlich noch alles passieren, bevor den zuständigen Politikern die Augen aufgehen?

Theo Ahmann
Ratsherr der CDU

4352 Herten, den 5. Mai 1981

An den
Rat der Stadt Herten
z.H. Herrn Bürgermeister Wessel

4352 Herten
Rathaus

6-5.

STADT HERTEN	
Bürgermeister	
1981	
Herten	
1981	
Herten	

Betr.: Antrag gem. §14/2 der Geschäftsordnung des Rates der
Stadt Herten (Dringlichkeitsantrag)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit nachfolgendem Schriftsatz stelle ich den Antrag, daß der Rat der Stadt Herten nicht dem Entwurf einer Stellungnahme der Stadt Herten zum Rahmenkonzept für Bergehalden im Regierungsbezirk Münster folgt, weil dadurch in jedem Falle weitere Flächen zur Schüttung von Bergehalden bereitgestellt und das riesige Umweltproblem einer Großhalde für die Bürger unserer Stadt so nicht abgewendet werden kann.

Ich stelle demzufolge den Antrag, folgenden Beschluß zu fassen:

1. Die Aufforderung des Bezirksplanungsrates an die Stadt Herten zur Stellungnahme des vom Regierungspräsidenten in Münster vorgelegten Rahmenkonzeptes für Bergehalden im Regierungsbezirk Münster ist zwar nach geltendem Recht verfassungsmäßig, würde aber bei der politischen Annahme dieses Konzeptes durch den Bezirksplanungsrat und nach Verwirklichung durch den Bergbau nicht nur gegen den Mehrheitswillen der Bürger unserer Stadt verstoßen, sondern auch rechtswidrig in das unmittelbar geltende Grundrecht der Unverletzlichkeit der Person (Art. 3 Grundgesetz) eingreifen, weil dadurch zweifellos eine direkte und schädigende Einwirkung auf das Leben der unmittelbar anwohnenden Bürger von diesen Bergehalden ausgeht. Veränderungen in der Formgebung und größere Flächenbereitstellungen können diese erkennbaren Lebens- und Umweltauswirkungen nicht positiv verändern.

Kein noch so qualifizierter Gutachter kann in der Lage sein, Aussagen über derartige Eingriffe in die Natur zu machen, weil keinerlei Erfahrungswerte herangezogen werden können.

2. Die Schüttung von Bergehalden kann nicht allein als Entsorgung von Schachtanlagen des Bergbaus angesehen werden, weil eine Verbringung unter Tage technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Außerdem gibt es andere alternative Verwendungsmöglichkeiten von Bergegestein, die bisher von den beteiligten Stellen nicht geprüft worden sind.
3. Die Stadt Herten lehnt weitere Schüttung von Bergehalden im Stadtgebiet von Herten ab und damit auch das Rahmenkonzept für Bergehalden, daß durch den Regierungspräsidenten Münster vorgelegt worden ist und über den der Bezirksplanungsrat zu befinden hat. Rat und Verwaltung der Stadt Herten werden bemüht sein, die Betreiber der Hertener Schachtanlagen und diejenigen aus den Nachbarstädten nach dem rechtlich verbindlichen Verursacherprinzip zu veranlassen, den Bergeabraum wie in früheren Jahrzehnten unter Tage zu vorbringen oder andere alternative Verwendungsmöglichkeiten herbeizuführen, und ähnlich wie bei der Distelner Halde den vorhandenen Bergeabraum wieder abzubauen.

Begründung:

Wenn schon die Ratsmitglieder dieser Stadt bereits vor meiner Tätigkeit ~~dem~~ Rat der Stadt Herten ohne ernsthaften Widerstand der Schüttung sowohl der Hoppenbruchhalde, als auch der Emscherbruchhalde im damaligen Planfeststellungsverfahren der Schüttung dieser Halden zugestimmt haben, so müßten nicht nur sie, sondern auch die jetzt im Rat der Stadt mitwirkenden Bürgervertreter bereits jetzt schon an den optisch sichtbaren Ausmaßen dieser Halden erkennen, welchen schädlichen Einfluß dieser bereits geschehene Eingriff in die Natur nicht nur für Herten, sondern auch für die Wohngebiete der Nachbarstädte nach sich gezogen hat. Um dies zu erkennen, braucht man kein Gutachten mehr, sondern nur klaren Menschenverstand, der sich allein von jeglicher persönlichen Bändung an die Gewinnwirtschaft des Bergbaus zu trennen hat und dem bewußt wird, daß jeder Bürger einen Anspruch auf ungestörte Lebensqualität hat.

Es bedarf keiner weiteren oder ausführlich mit Zahlen und Fakten gespickten Ausführung zur Begründung, da schädigende Umwelteinflüsse ganz eindeutig bereits jetzt nachgewiesen werden können, jedoch kein Gutachter der Welt Aussagen darüber machen kann, welche weiteren Schäden dem Wohle und der Gesundheit der Hertener Bevölkerung nicht eintreten werden, geschweige denn eintreten können.

Das Recht auf Leben verlangt von allen maßgeblich an der Gestaltung unseres Lebens Beteiligten Wirtschaftlern und Politikern auch die Pflicht zur Abwehr von Gefahren, die unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden beeinträchtigen können. Die gesellschaftliche und finanzielle Verfilzung gibt Niemandem das Recht, ohne ein geltendes Gesetz in das Leben anderer Menschen einzugreifen. Der Schutz unserer naturgegebenen Umwelt bedeutet mehr, als das Macht- und Wohlstandsstreben eines Gesellschaftsbereiches, der zahlenmäßig zwar nur einen unbedeutenden Bevölkerungsanteil ausmacht, jedoch seit Jahrhunderten mit einer enormen Kapitalmacht das Leben auf dieser Welt gestaltet. Wer sich dagegen zur Wehr setzt hat m.E. wirklich begriffen, was die Väter unseres Grundgesetzes uns und unseren Nachkommen mit dieser Verfassung geben wollten. Und dazu gehört letztendlich auch das Recht zur Selbstverwaltung und Mitbestimmung in den Städten und Gemeinden dieser Bundesrepublik Deutschland.

Die Dringlichkeit dieses Antrages wird damit begründet, daß die Verwaltung und die SPD-Fraktion trotz massiv vorgelegter Bürgeranträge keinerlei Neigung gezeigt haben, dem Mehrheitsbegehren der Hertener Bevölkerung auf völlige Abwendung jeglicher Halden in Herten in Zukunft nachzukommen.



Störung u.

Belastigung in Zusammenhang mit Berghalten schon heute durch:

Lärm, Bergtransporte, LKW über Stadtstraßen ca 250 LKW tägl.
Staus ca 0,5 kg/To. 5000t v. Nord nach Süd

Versumpfung weitester Flächen

Bergschäden Absenkung innerh. 187 / 12 m

Grundwasserverschmutzung d. Magnesium
Sulfate, Chloride, Natrium, Kalium, Calcium

Klimaveränderung durch fehlenden Luftaustausch im West/Ost
u. Süd/Nord Richtg.

Zerstörung der Ökologie

Forderungen

1. Begrenzung der Haldenschüttungen auf max. 80 t/m² gemäß bestehendem Betriebsplan v. 71
2. Entsorgung neuer für Hektare Schachtanlagen We. StE, EW
3. Umwandlung der bestehenden Halde Ewald, Hoppensr. u. Emsdorf zu Landschaftsanweken ausschließlich östl. d. Ewaldstr.
4. Änderung des laufenden Betriebsplans mit Vorrang für volkswirtschaftliche Aspekte
5. Erstellung eines Umweltverträglichkeitsgutachtens durch das BFT technische
6. Forschungsantrag mit Klärung des volkswirtschaftl. u. betriebswirtschaftl. Zusammenhänge bei der Rückbringung von Bergmaterial nach unter Tage, durch BFT
7. Sanierung des Emsdorfsandes durch KVR
8. Beseitigung der von der Halde Ewald ausgehende Gefährdung durch eintretenden Haldenbrand (keine Verdichtung, ~20% Kohleanteil)
9. Aufbereitung der Haldenflächen zur Bepflanzung u. Rekultivierung

Maßnahmen der Bürgerinitiative

Zur Abwendung weiterer Umweltbelastungen und volkswirtschaftlicher Schäden durch den Bergbau, spez. im Bereich der Emmer-Sindregion, wird die BÜ IT bzw. einzelne direkt betroffene Mitglieder derselben, alle zivil- u. verwaltungsrechtlichen Schritte gegen die Verursacher unternehmen.

Mit Hinsicht auf bereits bestehende Emittenten und demnächst neu hinzukommende (RER) sind dieser Region weitere Belastungen nicht mehr zumutbar. Hierüber geben sowohl die neueste Immissionskataster der Landesanstalt für Immissionsschutz NRW wie auch der Luftreinhaltungsplan 1980-84 des MAGS hinreichend Auskunft.

Die Arbeit der BÜ IT wird auf eine breitere Basis gestellt durch überregionalen Zusammenschluß mit anderen BÜ IT des Ruhrgebietesraumes die sich vor ähnlichen Problemen sehen, sowie mit öffentl. u. privaten Organisationen.

Mit Hinsicht auf die finanzielle Abhängigkeit der Stadt Herten vom Bergbau und die Befangenheit vieler Ratsmitglieder, einschl. d. Bürgermeisters vom Bergbau, ist eine Entscheidung die die Bürgerinteresse ~~vertritt~~^{berücksichtigt} nicht zu erwarten. Im Gegenteil, die Entscheidung zum Haldekonzept wird einzig und allein den betriebswirtschaftlichen Forderungen des Bergbaus gerecht. Hieran, sowie an den bereits geschaffenen Fakten des Bergbaus im Zusammenhang mit hohen Investitionen aus Steuergeldern baut auch das Planungskonzept für Berggehalden des RP Münster auf

Hin. Tüpel 18.2.87

Wir bedanken uns dafür, dass Sie uns ^{an Stelle} diese Gelegenheit
geben die Bedenken ~~zu äußern~~ ^{zu äußern}.

Für die

Wir bedanken uns für die Gelegenheit an dieser Stelle
die Bedenken u. Sorgen einer ^{sehr} großen Anzahl Hertenner
~~in Form durch Übergabe einer Resolution u. Unterschriftenliste~~
Mittler (vs. Lösung zu ...)

Dank BH >

U. c. die weiteren, sollte es eine Bergstraße
von Herten über die Müllentsorgung werden über
die Müll- u. die Entsorgung der drei Herten
Bergwerke, sondern auch von Bergwerken der
Städte Elsen, Jelsa, u. Herne erfolgt. In unseren
Unterlagen finden Sie eine prägnante Darstellung der Ver-
hältnisse, die Ihnen eine Vorstellung von den geplanten
Dimensionen geben soll.

Darüber hinaus entsteht in ^{direkter} Nachbarschaft der geplanten
Superhalde ein RER zur Müllentsorgung von mehr
als 10 Ruhrgebietstädten, mit ~ 800.000 Jahresp. Kapazität.
Die ohnehin überlastete ^{und hierin die Stadt Herten} Emittenten wird damit
um Emittenten erweitert, die das Maß der Umweltbelastung
im Bereich der Belastungen durch Schadstoffe, Lärm,
Staub, sowie Vernichtung der Ökologie, Gefährdung der
Gesundheit, Beschädigung von kommun. Einrichtungen
Vernichtung von Grund u. Boden erheblich überschreitet.

Die Wirtschafts- und Bevölkerungsstrukturelle Folgen sind bereits seit Jahre erkennbar, da die Kommunalpolitiker dieser Entwicklung hilflos gegenüberstehen.

Das Vertrauensverhältnis des Bürger in ihre gewählten Vertreter wird ^{dadurch} immer mehr abgeleant, ganz besonders in die Politiker, die seit Jahrzehnten traditionell die Mehrheit im Hertenener Stadtparlament bilden.

Der Bürger wird zwar immer wieder aufgefordert sich umweltkritischer, energiebewusster, politisch aktiver zu verhalten, doch am Beispiel der Politiker wird ihm immer wieder vor Augen gehalten, wie sehr der Spielraum durch die Allmacht der Konzerne eingezengt wird, wenn nach betriebswirtschaftlichen und nicht nach volkswirtschaftlichen Erkenntnissen entschieden wird.

Am Beispiel Herten heißt das:

1. Beim der Superhalde ohne Rücksicht auf Verluste trotz fehlender Umweltverträglichkeitsgutachten, trotz erheblichem Einspruch aus der Bevölkerung, trotz Zerstörung der Ökologie, trotz zunehmender Bergschäden usw. trotz aller negativen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte.
2. Beim der RER und Erweiterung desselben trotz steigender Schadstoffbelastung, trotz Überlastung der Verkehrswege, obwohl keine Rohstoffrückgewinnung sondern nur Abfallverbrennung praktiziert wird

Betr.: WAZ v. 3.2.81

- Aus dem Kreis -

Der SPD Unterbezirksvorsitzende Horst Niggemeier hat in einer Zwischenbilanz zum Thema "Holden" festgestellt, daß die Bürger, die gegen die geplanten Haldenstandorte votieren, nicht in ausreichender Weise über die Zusammenhänge von Energiesicherung, Kohle-Vorrang Politik, regionale Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Kostenüberlegung im Hinblick auf die Bergeentsorgung deutlich genug informiert sein.

Wie stellt sich Herr Niggemeier eigentlich die Bürger vor, die er zu vertreten hat? Wie stellt er sich den Kenntnisstand der Mitglieder der Bürgerinitiative vor? Ist es ihm nicht bekannt, daß bei der Bürgeranhörung am 16. 1. 1981 in Herten die Fachleute zum Teil nicht einmal den Kenntnisstand der Vertreter der Bürgerinitiative hatten? Glaubt Niggemeier vielleicht, daß diejenigen, die gegen die derzeitigen Aufhaltungspläne und, überhaupt keine Ahnung von den Problemen des Bergbaus und der Energieversorgung haben?

Mit tiefem Bedauern stellen die Mitglieder der Bürgerinitiative immer wieder fest, wie sehr die Vertreter der Regierungsverantwortung tragenden Parteien und auch der anderen, je höher ihre Funktionen und ihr Kenntnisstand sein mußte, ihre Mitbürger unterschätzen und für dumm halten.

Das kostet enorm Vertrauenssubstanz. Herr Niggemeier hat nicht mit uneinsichtigen und verbohrten ^{oder gar} terrorsüchtigen Extremisten zu tun, sondern mit Menschen, die in ihrem Arbeitsbereich und darüber hinaus Verantwortung tragen und durchaus wissen, was sie tun.

Die Bürgerinitiative "Halde" bietet allen, die guten Willens sind, die Hand zur Zusammenarbeit an. Wir sind durchaus lernfähig, erwarten dieses aber auch von unseren Partnern.

Wir sind davon überzeugt, daß eine Demokratie - bei aller Schwäche und allen möglichen Fehlleistungen - die einzige erstrebenswerte Regierungsform ist. Wir sind auch der Meinung, daß dieser Staat ein Parteienstaat ist. Aber wir lehnen jede Filzokratie und jede Plonung, die den Bürger unverantwortlich schädigt, konsequent ab. Wir stimmen mit Horst Niggemeier überein, daß die Problemdarstellung und auch die Methode der Darstellung von Seiten der Kreise, die zu informieren haben, besser sein mußte. Wir bekloegen aber, daß so getan wird, als habe man es mit unmündigen und unkundigen Bürgern zu tun. Hochnäsigkeit steht einem Politiker in unserem Staat nicht an.

Für die Bürgerinitiative Halde

D. Müller

Gesundheits-
gefährdung

Wachsam
sein

Gemeindebrief

26/1.81

Pf. Kuhn

Halde in Hertten

Mit großer Sorge betrachten die Bürger von Hertten die Planung der Mammuthalde in Hertten-Süd. Bei der Bürgeranhörung in der Gesamtschule am 16.1.1981 offenbarte sich den entsetzten Bürgern, daß die verantwortlichen Stellen längst nicht in der Lage sind, mit Gutachten und Expertisen die Ungefährlichkeit dieses Projektes für die Bürger von Hertten und der umliegenden Stadt zu belegen. Vielmehr bleibt zum Beispiel die Frage nach der Erhöhung der Schadstoffsituation in der Luft völlig offen. Die Gesundheit der Hertener Bürger wird im höchsten Maße gefährdet. Noch vieles andere ist völlig ungeklärt. Erstaunlicherweise kann man nach dem derzeitigen

Wissensstand die Halde nicht einmal begrünen, wie in der Natur Hügel und Berge mit Pflanzen und Kräutern bewachsen.

Die skandalöse Situation, daß geplant und beschlossen wird, ohne nach dem Wohl und Wehe des Bürgers ausreichend zu fragen, bewegt die Gemeindeglieder der evangelischen und katholischen Kirche in Hertten sehr. Wenn wir noch etwas an den bösen Aussichten für Hertten und Umgebung ändern wollen, muß jeder Bürger wachsam den Gang der Dinge in der Presse oder in Bürgerversammlungen verfolgen und gegebenenfalls sich aktiv den Protesten anschließen.

Lend - Arbeitspapier

Erregung
Datum 12/11.81
Name <i>EL</i>
d. H. Lend

Betr.: Bürgerbeteiligung an der Haldenplanung v. 16.1.80
hier: Forderungen aus rechtlicher und rechtspolitischer
Sicht

I.

Jedes Ratsmitglied, das an der öffentlichen Diskussion über die Haldenplanung teilnimmt, hat Beruf und Arbeitgeber offenzulegen, damit die Öffentlichkeit anhand dieser zusätzlichen Information besser in der Lage ist, den Diskussionsbeitrag zu würdigen.

II.

Es wird ausdrücklich auf das Mitwirkungsverbot des § 23 Abs. 2 GO hingewiesen. Danach dürfen Ratsmitglieder, die gegen Entgelt beschäftigt sind, nicht an Abstimmungen und Beratungen des Stadtrates teilnehmen, wenn die zu treffende Entscheidung dem Arbeitgeber einen unmittelbaren Vorteil - hier: neue Haldenstandorte - bringen kann und ein Interessenwiderstreit anzunehmen ist.

Offensichtlich vertritt die Verwaltung die Ansicht, daß der vom Rat zu fassende Beschluß zu dem Rahmenkonzept nicht geeignet ist, der BAG Lippe einen unmittelbaren Vorteil zu bringen. Dieser Vorteil erwachse der BAG Lippe erst aus der Genehmigung des Betriebsplanes.

Diese Rechtsansicht wird nicht geteilt.

Unter Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung

amerikanischen Untersuchungen vermutet werden. In Berichten aus der Tschechoslowakei wird vermutet, daß Schwefeloxycyde einen Einfluß auf das Blutbild /Blutbildung bei Kindern hat.

Tatsache ist, daß im Dezember 1952 in London 4000 Menschen beim verheerendsten Nebelvorkommen mehr starben als gewöhnlich. Gefährdet waren besonders ältere Personen mit vorliegenden Lungen- und Herzkrankungen. Festgestellt wurde in Nashville/Tennessee, daß ein hoher Schwefeldioxyd Gehalt in der Luft eine Beeinträchtigung von lebenswichtigen, physiologischen Funktionen oder Änderungen gibt, die zu chronischen Krankheiten oder Lebensverkürzungen führen können.

Im Hertener Süden ist nach dem Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten in Münster eine Superhalde geplant. Eine Halde ist zunächst nichts Beunruhigendes, schließlich werden Halden nicht erst seit heute gekippt. Die Halde im Hertener Süden hat allerdings mit den bekannten Hügeln nur noch den Namen gemeinsam. Die Ausmaße nehmen Dimensionen an, die nur noch schwer vorstellbar sind. In der Breite wird die schwarze Wand 2km und in der Länge 2,5 km ausmachen. Die Höhe soll gar bis zu 140 m geschüttet werden. Ein solches Monstrum gibt es bisher nirgends.

Welche Auswirkungen haben bereits bestehende Luftverunreinigungen, dazu die zu erwartenden Belastungen z.B. durch die Inbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage (RZR) im Emscherbruch, im Zusammenhang mit dem mehrere Quadratkilometer großen Haldenklotz ?

Es sollte hier kein Horrorbild gezeichnet werden. Es sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß Problemverharmlosung durch statistische Einebnungen, wie von der IHK betrieben, die Probleme des Wirtschaftsraumes Ruhrgebiet nur noch verschärfen kann.

Jeder interessierte Bürger kann sich den Luftreinhalteplan beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalens in Düsseldorf bestellen. Mit dieser kostenlosen Broschüre sind die Bürger dann unabhängiger in der Meinungsbildung von Interessengruppen wie der IHK.

Die Bürgerinitiative-Halde in Hertener macht bei dieser Gelegenheit auf ihr Spendenkonto 350542 205 bei der Kreissparkasse aufmerksam. Einzahlungen unter dem Stichwort "Bürgerinitiative" sind erwünscht.

(insbesondere OVG Münster, DVBl 1980, 68 ff.) ist davon auszugehen, daß Befangenheit bereits dann vorliegt, wenn einem Ratsbeschuß eine erhebliche Vorgreiflichkeit zukommt, die geeignet ist, zu unmittelbaren Vorteilen zu führen. So gilt das Mitwirkungsverbot nach neuester Rechtsprechung bei der Beschlußfassung über die Änderung eines Flächennutzungsplanes, wobei zu berücksichtigen ist daß auch der Flächennutzungsplan im Außenverhältnis ebenfalls unverbindlich ist. Nach diesseitiger Auffassung liegt im Einklag mit der neueren Rechtsprechung Befangenheit bei den bei der Ruhrkohle AG bzw. der BAG Lippe tätigen Ratsmitgliedern vor.

Demensprechend wird der Rat der Stadt Herten aufgefordert zu beschließen:

Die bei der Ruhrkohle AG Essen oder deren Betriebsgesellschaften tätigen Ratsmitglieder werden von den Beratungen und der Abstimmung hinsichtlich der Stellungnahme zum Haldenkonzert der Bezirksregierung gemäß §§ 30 Abs. 2 Ziff. 4, 23 Abs. 2 Ziff. 1 GO NW ausgeschlossen.

Sollten einzelne Ratsmitglieder diesen Ausschluß nicht akzeptieren wollen, so bestünde für sie die Möglichkeit, das Verwaltungsgericht im Kommunalverfassungsstreitverfahren anzurufen.

III.

Der Rat der Stadt Herten wird aufgefordert, seine Stellungnahme in namentlicher Abstimmung zu beschließen, damit jeder Bürger in der Lage ist festzustellen, wie

sich "sein" Stadtverordneter zu dem Umweltproblem Bergehalden verhalten hat und welche Personen die Zukunft der Stadt Herten in welche Richtung gelenkt haben.

IV.

Sollte das Haldenkonzept der Bezirksregierung mit politischen Mitteln nicht zu verhindern sein und in den Gebietsentwicklungsplan "nördliches Ruhrgebiet" einfließen, so wird der Rat der Stadt Herten aufgefordert zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird angewiesen, Verfassungsbeschwerde vor dem VGH Münster wegen Verletzung der Selbstverwaltungsgarantie der Stadt Herten aus Art. 28 Abs. 2 GG zu erheben.

Gründe: Durch die Regionalplanung wird die Planungshoheit der Stadt Herten bezüglich ihres südlichen Stadtteils vollständig aufgehoben und somit einer der drei Eckpfeiler der

Selbstverwaltungsgarantie

a)	Finanzhoheit
b)	Personalhoheit
c)	Planungshoheit

in seinem Kernbereich zerstört.

2. Die Verwaltung wird angewiesen zu prüfen, ob wegen der Anpassungspflicht an die Regionalplanung eine Feststellungsklage hinreichende Aussicht auf Erfolg hat.

V.

Die Stadt Herten wird aufgefordert, Schadensersatzansprüche gegen den Bergbau konsequent und notfalls klageweise durchzusetzen. Insbesondere die öffentlichen Straßen der Stadt Herten befinden sich aufgrund von Bergschäden teilweise

in einem katastrophalen Zustand (z.B. Herner Straße, Katzenbuschstraße).

Eine konsequente Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen - auch durch die Hertener Grundeigentümer - ist nach diesseitiger Auffassung geeignet, den Bergeversatz unter Tage zu fördern. Denn bei steigenden Schadensersatzforderungen wird das Interesse des Bergbaus an der kostengünstigen aber bergschädenfördernden Raubbaumethode, die die Beschädigung von Grundeigentum billigend in Kauf nimmt, sinken.

VI.

Der Rat der Stadt Herten wird aufgefordert, keinen "Kuhhandel", wie z.B. die Zurverfügungstellung weiterer Haldenflächen an den Bergbau gegen Bereitstellung von Landesmitteln für ein Jugendzentrum in Herten Süd, die Freizeitanlage Backumer Tal und andere Projekt zu tätigen. Ein solcher Handel ist einer Gemeindevertretung unwürdig und berücksichtigt nicht das Bedürfnis der Hertener Bürger nach einer Beendigung der Aufhaldung von Bergematerial.

VII.

Der Rat der Stadt Herten möge die Verwaltung auffordern zu prüfen, ob der Bergetransport per LKW nicht einer Sondernutzungserlaubnis bedarf.

Bei dem Bergetransport handelt es sich um einen Fahrzeugverkehr nach festgelegtem Plan. Fahrtroute, -ziel und -zweck sind jeweils genau bestimmt. Dasselbe gilt für das zur

Beförderung anstehende Gut.

Insgesamt ist der Bergetransport mit dem Linienverkehr der Verkehrsbetriebe vergleichbar, der unweifelhaft erlaubnispflichtig ist, weil der Straßengebrauch über den Gemeingebrauch hinausgeht.

Zudem muß berücksichtigt werden, daß die Bergetransporte das städtische Straßennetz (insbesondere: Feldstraße, Schützenstraße, Herner Straße) wesentlich mehr als die Allgemeinheit verschmutzen. Auch dieser Gesichtspunkt spricht für eine Sondernutzung.

VIII.

Im Zusammenhang von Haldenerweiterung und damit steigenden Immissionen und der geplanten Kapazitätserweiterung des Rohstoffrückgewinnungszentrums in Herten Süd ist zu prüfen, ob nicht eine neue Planfeststellung nach dem Abfallbeseitigungsgesetz des Bundes mit einer Bürgerbeteiligung erforderlich ist.

Die Initiative sollte frühzeitig von der Stadt Herten ausgehen, damit nicht eines Tages eine fertige Müllverbrennungsanlage vorhanden ist, die aber nicht betrieben werden kann, weil sie weder nach Abfallrecht noch nach Immissionsrecht zulässig ist.

Nach diesseitiger Auffassung ist wegen der Kapazitätserweiterung eine neue Feststellung des Planes erforderlich. Auf eine grundlegende Entscheidung des BVerwG in DÖV 80, 299 wird ausdrücklich hingewiesen.

An den Rat und
die Verwaltung der
Stadt Herten

Original

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr!

Ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und gutes neues Jahr,
für Sie und unsere Stadt, wünscht Ihnen die Bürgerinitiative.

Unser besonderes Präsent soll Sie auch während der Feiertage an
die Halden erinnern. Die Lösung der Haldenprobleme steht ganz oben
auf dem Wunschzettel des Bürgers.

Darüber hinaus sind Ihnen unsere Forderungen bekannt:

1. Erstellung eines " U M W E L T B E L A S T U N G M O D E L L S "
 vor dem Betriebsplanverfahren.
2. Die " M A M M U T H A L D E " darf nicht kommen !
3. Die bereits genehmigten " S A R G D E C K E L " müssen gestoppt
werden !

Sehr geehrte Abgeordnete,
wir haben Sie gewählt, wir erwarten, daß Sie sich für die Belange
des Bürgers und unsere Stadt intensiv einsetzen, denn :

HERTEN DARF NICHT STERBEN !

Die Bürgerinitiative
- Hertener Halden -

Offener Brief

Betr.: " HALDE " Herten

Am 21.11.80 hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die aktiv zum Wohle der Bürger dieser Stadt die Haldenplanung beeinflussen möchte.

Im Hinblick auf die bevorstehende Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 3.12.80 soll nochmals eindringlich von dieser Seite auf die bestehenden Bedenken gegen die Haldenplanung aufmerksam gemacht werden.

Im einzelnen sind dieses:

1. Zusätzliche Staubbelästigung.
2. Klimatische Beeinflussung.
3. Grundwassergefährdung.
4. Lärmbelästigung.
5. Verkehrsbelästigung durch Bergetransporte.

(Zug- u. LKW Verkehr)

Bei Verlagerung auf die Schiene bleiben die Schranken noch öfter u. länger geschlossen. Der Zugverkehr vervielfacht sich.

6. Bergschäden, bzw. Bodenverschiebungen durch den erheblichen Druck, den die Halde verursachen wird.

7. Gesundheitsgefährdung durch Haldenbrände. (Halde in Herten-Distel)
8. Beeinträchtigung des Fernseh- und Rundfunkempfangs.
9. Abwanderung der Industrie, dadurch Vernichtung v. Arbeitsplätzen.

Bezogen auf die ganze Stadt Herten zieht dieses eine Zerstörung der Landschaft in einem bisher ungekannten Ausmaß nach sich.

Als gewählte Bürgervertretung dieser Stadt sollten Sie sich über die langfristige Bedeutung ihrer Entscheidung, bezogen auf die o.a. Fakten, im klaren sein.

Die kurze Zeit bis zur Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses möchten wir nochmals nutzen ~~und es bei diesen Ausführungen belassen,~~^{und} aber eindringlich an Ihre Vernunft und Verantwortung appellieren.

Weitere Maßnahmen, die vor allen Dingen den Zusammenschluß aller Bürgeraktivitäten zum Ziele haben, werden von uns vorbereitet.

Im Bewußtsein der mehrheitlichen Unterstützung von Bürgern dieser Stadt (z.Zt. mehr als 2000 Unterschriften) werden wir mit weiteren Aktionen die breite Öffentlichkeit weit über die Stadtgrenzen hinaus informieren.

Ein ironischer Vorschlag vorab:

In Anlehnung an die Publikation des Kommunalverbandes Ruhr (KVR) zum Rohstoffrückgewinnungszentrum Herten (RZR):

WOHIN MIT DEM ABFALL ?

DAMIT ES RICHTIG WEITERGEHT, schlagen wir vor:

Nach Herten !

Mit frdl. Grüßen:

Bürgerinitiative " HALDE " Herten

gez.:

Bongers, Uwe	Selmshof 23
Dewitz, Rudolf	Hohewardstr. 19
Domin, Degenhard	Hohewardstr. 338
Gersdorf, Heinrich	Neustraße 31
Jürgens, Joachim	Schützenstr. 84
Kubiak, Gertrud	Haempenkamp 13 b
Schüller, Dieter	Neustraße 33
Turinsky, Rudi sen.	Danziger Ring 29
Turinsky, Rudi	Ewaldstraße 274 b
Weiss, Dorothee	Wieschenbeck 38

Kontaktadresse: Pfarrer E. Kuhn, Augustastr. 12

B Ü R G E R I N I T I A T I V E
Waldsiedlung

Marl, den 25.9.1980

Dr. Carl Reddinghaus

An die
Mitglieder des
Bezirksplanungsamtes

Betrifft: Kennzeichen 1 und 9 des Rahmenkonzeptes für
Berghalden

Sehr geehrte

Sie entscheiden über das im Mai 1980 vorgelegte Rahmenkonzept für Berghalden des Regierungsbezirks Münster. Ihr Plan wurde durch die Presse veröffentlicht. Bürger des Ortsteils Marl-Hamm sind durch Ihren Plan erschrocken und betroffen. Wir fürchten, daß wir morgen hier nicht mehr leben können. So haben wir mit Unterstützung einiger Politiker aller Parteien eine Bürgerversammlung am 27.8.1980 einberufen. Etwa 300 anwesende Bürger wurden informiert. Sie brachten ihre Bedenken vor. Ein Arbeitskreis von rund 20 Personen wurde beauftragt, diese Bedenken zu prüfen, sie zu vertiefen und den Verantwortlichen vorzutragen.

Auf einer weiteren Bürgerversammlung wurde das Ergebnis dargestellt. Anschließend wurden Unterschriften gesammelt, um die hier zusammengestellten Forderungen schon während der Planungsphase zu legitimieren.

Wir ersuchen Sie, unseren Protest als

E I N S P R U C H

gegen Ihr Vorhaben zu verstehen.

Mit Verwunderung müßten wir feststellen, daß das Rahmenkonzept keine neuen Halden außerhalb von Ballungszentren und Ballungsrandzonen vorsieht. Die allseits erwarteten Halden nördlich der Lippe sind nicht geplant. Dieses wird damit begründet, daß diese Flächen zur Grundwassernutzung sowie zur Bereitstellung von Haldenflächen für die nordwärts wandernden Zechen vorgesehen sind. Wir drängen darauf, daß die Halde Brinkfortsheide nicht nach Norden, sondern in irgendeiner Weise nach Osten, jenseits der Eisenbahnlinie Haltern-Recklinghausen angeschüttet wird oder anderswo (2 Lösungsmöglichkeiten finden Sie in dem beiliegenden Plan).

Wir vermissen in Ihrem Konzept das Bedenken der Folgen, die ein ohnehin unter der Industrie und dem Verkehr schwer leidender Vorort nehmen wird. Dieser Aspekt begegnet in dem uns vorliegenden Rahmenkonzept überhaupt nicht. Der Versuch der Stadt Marl, eine Industriestadt im Grünen zu planen, wird durch Ihre

2. Die Schäden Ihres Rahmenkonzeptes in Marl-Hamm

- a) Die Bewohner der Wald- und Silvertsiiedlung werden bei Planverwirklichung von jedem Zugang zum Erholungsgebiet "Die Haard" abgeschnitten (s. Plan).

Bei den gesundheitlichen Schäden der hier wohnenden Menschen - aufgrund ihrer Tätigkeit im Untertagebergbau oder bei den CWV - können sie kultivierte Berghalden nicht überqueren.

Wir verstehen einfach nicht, wie Sie bei dem in unserer Region vorhandenen Raum ausgerechnet die Halde nach Norden und nicht nach Osten erweitern. Sie nehmen 8400 Menschen den Zugang zum Naherholungsraum und zum weiteren Erholungsraum. Bei Planverwirklichung wird das Lebensrecht hier unerträglich beschnitten.

- b) Der bis zu 80 m hohe Haldenberg wird für viele Jahre eine unzumutbare Geruchs-, Staub- und Geräuschbelastung mit sich bringen. Die unmittelbar an der Halde gelegenen öffentlichen Einrichtungen - Kindergarten, Sonderschule, Grundschule - sind in ihrer Tätigkeit unzumutbar belastet. Die Schichtarbeiter werden keine Erholungsphase, wie sie in diesem Wohngebiet gegeben sein sollte, mehr finden. Die Kinder sind durch den auftretenden Staub und Lärm gesundheitlich in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung gefährdet. Betroffen sind z.Zt. 8419 Menschen.

Diese Feststellung gilt ungeachtet aller späteren Kultivierungsmaßnahmen der Berghalden und aller Auflagen bei deren Anschüttung.

- c) Bei Planverwirklichung riegelt die Halde die Wald- und Silvertsiiedlung in östlicher sowie südlicher Richtung total ab. Hinzu kommt, daß die Bundesbahnstrecke sowie die L 612 einen ca. 8 m hohen Wall in westlicher Richtung darstellen. Wie Ihnen bekannt ist, ist die Immissions-Situation in diesem Gebiet schlecht.

Die Meßergebnisse für die Immissionsgrenzwerte bezogen auf SO_2 weisen für den Langzeitwert $\text{IW } 1 = 0,14 \text{ mg SO}_2/\text{m}^3$ einige Überschreitungen auf; der Kurzzeitwert von $0,40 \text{ mg SO}_2/\text{m}^3$ wird oftmals gerade noch unterschritten. Durch die geplante Erweiterung der Halde befürchten wir unter den geschilderten Gegebenheiten eine Zunahme der Luftverunreinigungsstoffe, insbesondere bei Inversionswetterlage, was u.E. nach zu Smog-Situationen führen wird.

- d) Am Westrand der geplanten Haldenerweiterung ist durch Bergsenkungen kein natürlicher Wasserabfluß - auch nicht in der Kanalisation mehr gegeben. Ob die Halde ein weiteres Ansteigen des Grundwassers und damit eine zusätzliche Gefährdung unserer Siedlung mit sich bringt, läßt sich nicht ausschließen.

2. Die Schäden Ihres Ramenkonzeptes in Marl-Hamm

- e) Die Wertminderung der Grundstücke und Wohnhäuser, die hier im Laufe der Zeit erworben und ausgebaut wurden, ist so enorm, daß der hier entstehende Verlust in keinem Verhältnis zu Kosten steht, die ein anderer Standort der Halde verursachen würde. Wer wird der Bevölkerung diese Wertminderung vergüten?
- f) Bei Planverwirklichung würde die Halde den Verkehrslärm der L 612 und der Eisenbahnlinie Haltern-Marl auf die Siedlung reflektieren und eine zusätzliche Lärmbelastung mit sich bringen (Echowirkung). Der Ausbau der A 43 in Richtung Münster wird das Verkehrsaufkommen weiter erhöhen. Wir verweisen auf die Erfahrungen der Zechenhalde Rungenberg im Raum Gelsenkirchen.
- g) Die Folge dieser voraussehbaren Schäden wird sein, daß jüngere, der Integration fähige Bürger die Siedlung verlassen. Bei dem stark zunehmenden Ausländeranteil und dem hohen Anteil an sozial schwächeren Menschen würde sich eine Entwicklung in Richtung Slum ergeben. Die damit der öffentlichen Hand aufgegebenen Kosten und menschlichen Folgen halten wir für sehr gewichtig.

3. F O R D E R U N G E N

- a) Wir fordern, daß die Erweiterung der Halde Brinkforths-Heide der Zeche Auguste-Viktoria (im Besitz der BASF) nach Norden unterbleibt.
Wir fordern, daß - ebenfalls in Zechennähe - ein Standort jenseits der A 43 und der Eisenbahnlinie Haltern-Recklinghausen am Hang der Haard festgelegt und im Rahmenplan des RP ausgewiesen wird (s. Plan). Das würde die Investitionsplanung der hiesigen Zeche erleichtern.
- b) Wir fordern, daß die vorläufig angeordneten oder geplanten Wasserschutzgebiete in der Nähe des geforderten Standortes zurückgenommen werden. Die bisherige Halde hat die Wasserqualität ohnehin negativ beeinflusst.
- c) Wir fordern, daß bei Festlegen der Standorte der Halden die gesundheitlichen und ökologischen Schäden für die dort wohnenden Menschen in Grenzen bleiben, die auch anderen Bürgern unseres Staates zugemutet werden. Der Industriearbeiter ist durch seine Tätigkeit und der hier herrschenden Luftimmission bereits überdurchschnittlich belastet. Der Abstand von 50-100 m zum Wohngebiet ist absolut unzureichend.
- d) Wir fordern, daß die hier wohnenden Menschen einen angemessenen Zugang zum Naherholungsgebiet und zum weiteren Erholungsgebiet "die Haard" behalten. Das vorgeschlagene Gebiet ist z.Zt. noch Landschaftsschutzgebiet.

R E S O L U T I O N
des
DEUTSCHEN BUNDES FÜR VOGELSCHUTZ,
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN e.V.
zu
HALDEN UND BERGSENKUNGSGEBIETEN

1. Der Deutsche Bund für Vogelschutz, Landesverband Nordrhein-Westfalen, erkennt die Notwendigkeit der Intensivierung der Kohlegewinnung in Nordrhein-Westfalen an, auch wenn hierdurch Landschaft beansprucht wird.
2. Langjährige geländeökologische Beobachtungen haben ergeben, daß flächig vernässende Bergsenkungsgebiete wertvolle Feuchtgebiete mit Artenschutz-Funktion darstellen können. Es ist falsch, nasse Bergsenkungsgebiete als devastiert darzustellen.
3. Bergsenkungsgebiete können damit zu Ausgleichsflächen für verlorene Refugialräume werden.
4. Wir fordern deshalb mit Nachdruck, daß Bergsenkungsgebiete als Feuchtgebiete erhalten bleiben.
5. Bei der Errichtung von Bergehalden sollte nicht automatisch in Bergsenkungsgebiete ausgewichen werden.
6. Mit dem Modell der Hoch- und Großhalden können Feuchtgebiete geschont werden, wenn man über die derzeitigen Richtwerte von 100 m weit hinausgeht.

Wir betrachten die Beschränkung auf 100 m Höhe als Verschwendung der Haldenverfügbarkeit.

Porta Westfalica, den 13. September 1980

B Ü R G E R I N I T I A T I V E
Waldsiedlung

Marl, den 25.9.1980

Dr. Carl Reddinghaus

An die
Mitglieder des
Bezirksplanungsamtes

Betrifft: Kennzeichen 1 und 9 des Rahmenkonzeptes für
Berghalden

Sehr geehrte

Sie entscheiden über das im Mai 1980 vorgelegte Rahmenkonzept für Berghalden des Regierungsbezirks Münster. Ihr Plan wurde durch die Presse veröffentlicht. Bürger des Ortsteils Marl-Hamm sind durch Ihren Plan erschrocken und betroffen. Wir fürchten, daß wir morgen hier nicht mehr leben können. So haben wir mit Unterstützung einiger Politiker aller Parteien eine Bürgerversammlung am 27.8.1980 einberufen. Etwa 300 anwesende Bürger wurden informiert. Sie brachten ihre Bedenken vor. Ein Arbeitskreis von rund 20 Personen wurde beauftragt, diese Bedenken zu prüfen, sie zu vertiefen und den Verantwortlichen vorzutragen.

Auf einer weiteren Bürgerversammlung wurde das Ergebnis dargestellt. Anschließend wurden Unterschriften gesammelt, um die hier zusammengestellten Forderungen schon während der Planungsphase zu legitimieren.

Wir ersuchen Sie, unseren Protest als

E I N S P R U C H

gegen Ihr Vorhaben zu verstehen.

Mit Verwunderung müssen wir feststellen, daß das Rahmenkonzept keine neuen Halden oberhalb von Ballungszentren und Ballungsrändern vorsieht. Die allseits erwarteten Halden nördlich der Lippe sind nicht geplant. Dieses wird damit begründet, daß diese Flächen zur Grundwassernutzung sowie zur Bereitstellung von Haldenflächen für die nordwärts wandernden Zechen vorgesehen sind. Wir drängen darauf, daß die Halde Brinkfortsheide nicht nach Norden, sondern in irgendeiner Weise nach Osten, jenseits der Eisenbahnlinie Haltern-Recklinghausen angeschüttet wird oder anderswo (2 Lösungsmöglichkeiten finden Sie in dem beiliegenden Plan).

Wir vermissen in Ihrem Konzept das Bedenken der Folgen, die ein ohnehin unter der Industrie- und dem Verkehr schwer leidender Vorort nehmen wird. Dieser Aspekt begegnet in dem uns vorliegenden Rahmenkonzept überhaupt nicht. Der Versuch der Stadt Marl, eine Industriestadt im Grünen zu planen, wird durch Ihre

2. Die Schäden Ihres Rahmenkonzeptes in Marl-Hamm

- a) Die Bewohner der Wald- und Silvertsiiedlung werden bei Planverwirklichung von jedem Zugang zum Erholungsgebiet "Die Haard" abgeschnitten (s. Plan).

Bei den gesundheitlichen Schäden der hier wohnenden Menschen - aufgrund ihrer Tätigkeit im Untertagebergbau oder bei den CWW - können sie kultivierte Berghalden nicht überqueren.

Wir verstehen einfach nicht, wie Sie bei dem in unserer Region vorhandenen Raum ausgerechnet die Halde nach Norden und nicht nach Osten erweitern. Sie nehmen 8400 Menschen den Zugang zum Naherholungsraum und zum weiteren Erholungsraum. Bei Planverwirklichung wird das Lebensrecht hier unerträglich beschnitten.

- b) Der bis zu 80 m hohe Haldenberg wird für viele Jahre eine unzumutbare Geruchs-, Staub- und Geräuschbelastung mit sich bringen. Die unmittelbar an der Halde gelegenen öffentlichen Einrichtungen - Kindergarten, Sonderschule, Grundschule - sind in ihrer Tätigkeit unzumutbar belastet. Die Schichtarbeiter werden keine Erholungsphase, wie sie in diesem Wohngebiet gegeben sein sollte, mehr finden. Die Kinder sind durch den auftretenden Staub und Lärm gesundheitlich in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung gefährdet. Betroffen sind z.Zt. 8419 Menschen.

Diese Feststellung gilt ungeachtet aller späteren Kultivierungsmaßnahmen der Berghalden und aller Auflagen bei deren Anschüttung.

- c) Bei Planverwirklichung riegelt die Halde die Wald- und Silvertsiiedlung in östlicher sowie südlicher Richtung total ab. Hinzu kommt, daß die Bundesbahnstrecke sowie die L 612 einen ca. 8 m hohen Wall in westlicher Richtung darstellen. Wie Ihnen bekannt ist, ist die Immissions-Situation in diesem Gebiet schlecht.

Die Meßergebnisse für die Immissionsgrenzwerte bezogen auf SO_2 weisen für den Langzeitwert $\text{IW } 1 = 0,14 \text{ mg SO}_2/\text{m}^3$ einige Überschreitungen auf; der Kurzzeitwert von $0,40 \text{ mg SO}_2/\text{m}^3$ wird oftmals gerade noch unterschritten. Durch die geplante Erweiterung der Halde befürchten wir unter den geschilderten Gegebenheiten eine Zunahme der Luftverunreinigungsstoffe, insbesondere bei Inversionswetterlage, was u.E. nach zu Smog-Situationen führen wird.

- d) Am Westrand der geplanten Haldenerweiterung ist durch Bergsenkungen kein natürlicher Wasserabfluß - auch nicht in der Kanalisation mehr gegeben. Ob die Halde ein weiteres Ansteigen des Grundwassers und damit eine zusätzliche Gefährdung unserer Siedlung mit sich bringt, läßt sich nicht ausschließen.

Pläne auf den Kopf gestellt. Alle Grundsätze, die dem neuen Flächennutzungsplan unserer Stadt vorangestellt und im Bundesbaugesetz ausgesprochen wurden, bleiben in Ihrem Konzept unbeachtet. Darum bitten wir Sie, unsere Einwendungen grundsätzlich und im Detail zu prüfen und von den hier wohnenden Menschen irreparablen Schaden abzuwenden. Rechtliche Schritte gegen einen unveränderten Plan behalten wir uns vor.

1. Einleitung

Die von Ihnen geplante Halde Brinkfortsheide würde die Wald- und Silvertsiedlung umarmen und verkehrs- wie klimamäßig nach Norden und Osten abschließen. Die Waldsiedlung wurde Anfang der 50er Jahre erstellt - kleine Anfänge reichen bis 1938 zurück. Auf engem Raum fanden hier etwa 10.000 Menschen - meist Flüchtlinge - Wohnung und im Bergbau Arbeit. Lediglich am Vogelherd ist ein privates Wohngebiet entstanden. Die Siedlung gehört zum Kern der Gemeinde Hamm über Marl und kam erst im Rahmen der kommunalen Neuordnung zu Marl. Die Hälfte der Bewohner wohnt in Reihenhäusern, die anderen in Mietwohnungen. Alle Wohnungen entsprechen den Verhältnissen der 50er Jahre.

Die Siedlung liegt im Einzugsbereich der CWH, der Kraftwerke in der Stadt Marl, der VEBA Scholven sowie der VKR. Ende der 60er Jahre wurde mitten durch die Siedlung eine Eisenbahnlinie und die Schnellstraße L 612 nach Haltern erstellt. Ende der 60er Jahre mußte etwa die Hälfte der hier wohnenden Bergleute einen anderen Arbeitsplatz suchen und fand ihn zum größten Teil bei den Chemischen Werken Hüls. Der größte Teil der Bevölkerung - mit Ausnahme der 790 Ausländer - ist inzwischen 40 und 65 Jahr alt. Die meisten von ihnen leiden an den gesundheitlichen Folgen ihrer Arbeit: Kreislaufer- und Luftwegeerkrankungen. Nahezu alle Berufstätigen sind Schichtarbeiter. Die meisten Frauen stehen ebenfalls in irgendeiner Weise im Beruf.

Die geplante Halde soll z.T. bis auf 50 m an die bebauten Gebiete heranreichen, eine intakte Naherholungszone und Schutzzone mit Waldbestand auf Jahre hinaus zerstören, jeden Zugang zum Erholungsgebiet "Die Haard" abbinden und neben den ange-deuteten Belastungen durch Industrie und Verkehr neue unzumutbare Belastungen für die Bevölkerung mit sich bringen.

Die mobilen Bürger werden diesen Belastungen durch Wegzug ausweichen. Das erhöht die negative Struktur der hier wohnenden Bevölkerung, die sich zahlenmäßig z.T. wie folgt zusammensetzt:

Neue Waldsiedlung: 2703, davon 59 Ausländer, bes. 40-60 Jahre alt
Alte Waldsiedlung: 4989, davon 726 Ausländer, wenig über 65 Jahre
Silvertsiedlung: 727, davon 3 Ausländer, vorwiegend über 65 Jhr.

2. Die Schäden Ihres Ramenkonzeptes in Marl-Hamm

- e) Die Wertminderung der Grundstücke und Wohnhäuser, die hier im Laufe der Zeit erworben und ausgebaut wurden, ist so enorm, daß der hier entstehende Verlust in keinem Verhältnis zu Kosten steht, die ein anderer Standort der Halde verursachen würde. Wer wird der Bevölkerung diese Wertminderung vergüten?
- f) Bei Planverwirklichung würde die Halde den Verkehrslärm der L 612 und der Eisenbahnlinie Haltern-Marl auf die Siedlung reflektieren und eine zusätzliche Lärmbelastung mit sich bringen (Echowirkung). Der Ausbau der A 43 in Richtung Münster wird das Verkehrsaufkommen weiter erhöhen. Wir verweisen auf die Erfahrungen der Zechenhalde Rungenberg im Raum Gelsenkirchen.
- g) Die Folge dieser voraussehbaren Schäden wird sein, daß jüngere, der Integration fähige Bürger die Siedlung verlassen. Bei dem stark zunehmenden Ausländeranteil und dem hohen Anteil an sozial schwächeren Menschen würde sich eine Entwicklung in Richtung Slum ergeben. Die damit der öffentlichen Hand aufgegebenen Kosten und menschlichen Folgen halten wir für sehr gewichtig.

3. F O R D E R U N G E N

- a) Wir fordern, daß die Erweiterung der Halde Brinkforthe-Heide der Zeche Auguste-Viktoria (im Besitz der BASF) nach Norden unterbleibt.
Wir fordern, daß - ebenfalls in Zechennähe - ein Standort jenseits der A 43 und der Eisenbahnlinie Haltern-Recklinghausen am Hang der Haard festgelegt und im Rahmenplan des RP ausgewiesen wird (s. Plan). Das würde die Investitionsplanung der hiesigen Zeche erleichtern.
- b) Wir fordern, daß die vorläufig angeordneten oder geplanten Wasserschutzgebiete in der Nähe des geforderten Standortes zurückgenommen werden. Die bisherige Halde hat die Wasserqualität ohnehin negativ beeinflusst.
- c) Wir fordern, daß bei Festlegen der Standorte der Halden die gesundheitlichen und ökologischen Schäden für die dort wohnenden Menschen in Grenzen bleiben, die auch anderen Bürgern unseres Staates zugemutet werden. Der Industriearbeiter ist durch seine Tätigkeit und der hier herrschenden Luftimmission bereits überdurchschnittlich belastet. Der Abstand von 50-100 m zum Wohngebiet ist absolut unzureichend.
- d) Wir fordern, daß die hier wohnenden Menschen einen angemessenen Zugang zum Naherholungsgebiet und zum weiteren Erholungsgebiet "die Haard" behalten. Das vorgeschlagene Gebiet ist z.Zt. noch Landschaftsschutzgebiet.

3. Forderungen

-) Wir fordern, daß sich der gesamte Bezirksplanungsrat bei einer Ortsbesichtigung ein richtiges Verständnis für die hier vorgetragenen Forderungen aneignet. Auch anhand des Ihnen vorgelegten Kartenmaterials kann die Bewertung nicht vorgenommen werden.

Marl, den 25. September 1980 .

Für die BÜRGERINITIATIVE
Waldsiedlung

gez. Dr. Carl Peddinghaus

R E S O L U T I O N
des
DEUTSCHEN BUNDES FÜR VOGELSCHUTZ,
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN e.V.
zu
HALDEN UND BERGSENKUNGSGBIETEN

1. Der Deutsche Bund für Vogelschutz, Landesverband Nordrhein-Westfalen, erkennt die Notwendigkeit der Intensivierung der Kohlegewinnung in Nordrhein-Westfalen an, auch wenn hierdurch Landschaft beansprucht wird.
2. Langjährige geländeökologische Beobachtungen haben ergeben, daß flächig vernässende Bergsenkungsgebiete wertvolle Feuchtgebiete mit Artenschutz-Funktion darstellen können. Es ist falsch, nasse Bergsenkungsgebiete als devastiert darzustellen.
3. Bergsenkungsgebiete können damit zu Ausgleichflächen für verlorene Refugialräume werden.
4. Wir fordern deshalb mit Nachdruck, daß Bergsenkungsgebiete als Feuchtgebiete erhalten bleiben.
5. Bei der Errichtung von Berggehalden sollte nicht automatisch in Bergsenkungsgebiete ausgewichen werden.
6. Mit dem Modell der Hoch- und Großhalden können Feuchtgebiete geschont werden, wenn man über die derzeitigen Richtwerte von 100 m weit hinausgeht.

Wir betrachten die Beschränkung auf 100 m Höhe als Verschwendung der Haldenverfügbarkeit.

Porta Westfalica, den 13. September 1980

Günter Kolb
 Langenbochumerstr.373
 4352 Herten-Westerholt
 Tel.0209/358554

19.11.80

An den Landrat des Kreises Recklinghausen.

Sehr geehrter Herr Landrat.

Ich möchte Sie bitten mir die folgenden Fragen zu beantworten, um mir eine Entscheidung über das Haldenproblem in Herten zu erleichtern. Gleichzeitig möchte ich Sie bitten meine Fragen b.z.w. Ihre Antwort dem Kreistag bekannt zu machen.

Wird sich der Bevölkerungsverlust, durch die Aufschüttung der Superhalde in Herten, noch verstärken?

Was geschieht mit den Betrieben im Hertener Süden?

Wie sieht das neue Straßennetz b.z.w. das Schienennetz zur Halde, R.Z.R. und Gewerbegebiet aus?

Wie hoch wird das Verkehrsaufkommen in absehbarer Zeit sein?

Wann kommt die Umstellung von der Straße auf die Schiene?

Welche Aussagen können zur Stadtentwicklung gemacht werden?

Welche Umweltbelastung ergibt sich durch die Superhalde und das R.Z.R.:

auf die Luftverschmutzung?

auf das Grundwasser, den Grundwasserspiegel und auf die nahegelegene Emscher?

Muß die Höhe der Halde eingehalten werden?

Entstehen durch die aufgekippten 150 Mio. To. (ohne Halde Ewald) Gestein weitere Bergschäden oder Bergsenkungen?

Wie wird die Gestaltung der Halde aussehen und in welchem Zeitraum?

Welche Belastungen können für die Bürger in Recklinghausen-Hochlärmark und Stuckenbusch entstehen?

Wohin sollen die Höhewardsiedler umgesiedelt werden?

Wer bezahlt die Umsiedlung?

Welche finanziellen Belastungen werden für die Siedler entstehen?

Sind dem Landrat Zusagen, ohne Legitimation, von verschiedenen Stellen aus der Stadt Herten oder dem Kreis, zu einem Ja zur Halde in Herten bekannt?

Könnte die Superhalde, mit einem klaren nein in Herten oder im Kreis, noch verhindert werden?

Worin besteht die überregionale Planung im Konzept des R.P.?
Ist es nicht so, daß nur bereits bestehende Halden unangemessen ausgeweitet werden?

Ist dem Landrat bekannt ob noch mehr, an Halden, auf die Stadt Herten zukommt?

Mit freundlichen Grüßen

G. Kolb
Günter Kolb

Kreistagsabgeordneter